

Bedrohung von rechts



Anhänger der „Identitären Bewegung“ in Berlin. Die Identitären gelten als die geistigen Brandstifter der rechtsextremen Szene, die mit Schwarzen Listen Angst verbreiten will. DPA

Die rechtsextreme Terrorgruppe „Nordkreuz“ hat neben Namen und Adressen von linken Aktivisten, Punks und Politikern auch die von bekannten Künstlern zusammengetragen. Das geht aus einer 24 522 Personen umfassenden Liste hervor, die Ermittler der Bundesanwaltschaft und des Bundeskriminalamtes (BKA) bei „Nordkreuz“ sichergestellt haben. Die Excel-Datei liegt dem Redaktions-Netzwerk Deutschland (RND) sowie der „Stuttgarter Zeitung“ und den „Stuttgarter Nachrichten“ (StZN/Freitag) vor.

24 522 Namen auf der Nordkreuz-Liste

Politiker, Künstler, Punks und linke Aktivisten stehen im Visier der rechtsextremen Terrorgruppe / Von Jörg Köpke

Die Daten gehen auf einen Angriff rechter Hacker auf einen Duisburger Online-Versandhandel vom Januar 2015 zurück. Die Hacker erbeuteten damals rund 40 000 Kundendaten. Laut Polizei stammt die rechte Hacker-Truppe aus Brandenburg. Ein Bekennerschreiben wurde mit „Nationaler Widerstand“ unterzeichnet. Der Duisburger Online-Versand vertreibt Mode, Schminktutensilien, Haarfarbe und Tonträger für Sympathisanten der linken Szene („Unterwegs in Sachen Punkrock seit 1990“). Die ins Netz gestellte Namens- und Adressenliste stellten Ermittler der Bundesanwaltschaft im April 2018 bei einer Durchsuchung von „Nordkreuz“-Angehörigen in Mecklenburg-Vorpommern auf elektronischen Datenträgern sicher. Eine Antwort der Landesregierung Brandenburg auf eine Anfrage der Linken vom September 2018 bestätigt, dass es sich bei der „Nordkreuz“-Liste um den Hack des Online-Versands aus Duisburg handelt. Damals ging das BKA von einer „abstrakten Gefahrenlage“

für die aufgezählten Personen aus. Darum seien diese auch nicht informiert worden. Auf der Liste der Brandenburger Hacker sind nach bisherigen Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden nicht die Namen derjenigen 29 Personen verzeichnet, die das BKA und betroffene Landes-kriminalämter seit Anfang Juni über eine mögliche Gefährdung durch „Nordkreuz“ informieren. Diese 29 Namen befinden sich auf rund 500 Seiten in Aktenordnern, die im August 2017 bei einem Rostocker Anwalt und „Nordkreuz“-Mitglied beschlagnahmt wurden. Die Polizei will nach RND-Informationen bislang nur diese Informationen kontaktieren, weil hinter ihren Namen handschriftliche Notizen mit zusätzlichen Angaben über neue Meldedaten, Namensänderungen oder Geburtsnamen stehen. Nach RND-Informationen gelten aber derweil weit mehr Personen als potenzielle Opfer rechtsextremer Anschläge. Die Zahl 29

wird in Sicherheitskreisen als „viel zu gering“ bewertet. „Nordkreuz“ setzt sich aus gut 30 Mitgliedern zusammen, überwiegend aus Angehörigen oder ehemaligen Angehörigen von Spezialeinheiten der Polizei und Bundeswehr. Die meisten von ihnen verfügen als Jäger und Sportschützen legal über Waffen und Munition. Nach RND-Informationen plante „Nordkreuz“, bundesweit Anschläge auf „linke Persönlichkeiten“ zu verüben und dafür rund 200 Leichensacke und Ätzkalk zu bestellen. Die Liste des Online-Versands sollte dazu genutzt werden, Angaben zu möglichen Zielpersonen zu präzisieren, wie ein Ermittler dem RND bestätigte. Nach Angaben des „Tagesspiegel“ hatte auch die rechtsextreme Terrorgruppe „Revolution Chemnitz“ Zugriff auf die Liste des Online-Versands. An der rechten Chatgruppe seien mehr als 340 Neonazis beteiligt gewesen. Laut Bundesanwaltschaft wird acht Mitgliedern vorgeworfen, am 3. Oktober 2018 in Berlin einen Anschlag auf Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit geplant zu haben, um einen Bürgerkrieg auszulösen. Durch Festnahmen der acht mutmaßlichen Mit-

glieder habe eine rechte Anschlagserie verhindert werden können. Das Bundesinnenministerium verweigert mit Verweis auf die Bundesanwaltschaft bislang Angaben zu möglichen „Todeslisten“. „Da es sich um laufende Ermittlungen handelt, müssen weitere Auskünfte unterbleiben“, heißt es in einer Antwort von Innenstaatssekretär Helmut Teichmann auf eine Anfrage von FDP-Innenexperte Benjamin Strasser, die dem RND vorliegt. Der FDP-Politiker übt scharfe Kritik am Vorgehen der Bundesregierung. Die Meldung über bestellte Leichensacke und Ätzkalk im Zusammenhang mit Spezialeinheiten der Polizei und der Bundeswehr sei brisant. Trotz mehrerer Anfragen werde der Bundestag seit Monaten nicht umfassend über die Erkenntnisse der Behörden informiert. „Die Bundesregierung versteckt sich bei nahezu jeder Frage hinter den Ermittlungen des Generalbundesanwalts. Das kann nicht sein. Wir haben einen Anspruch, Informationen über strukturelle Zusammenhänge im Bereich des politischen Extremismus zu erhalten“, sagte Strasser dem RND. Dass die Gefahr durch rechten Terror nicht nur abstrakter Natur ist, belegt die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke. Der hessische Rechtsextremist Stephan E. ist dringend tatverdächtig, Lübcke erschossen zu haben. E. gilt in der Neonazi-Szene als bestens verplant zu haben, um einen Bürgerkrieg auszulösen. Durch Festnahmen der acht mutmaßlichen Mit-

URTEILE

Ein 39-Jähriger ist vom Oberlandesgericht Dresden wegen Mitgliedschaft in der rechtsterroristischen Vereinigung „Oldschool Society“ (OSS) zu einem Jahr und fünf Monaten Haft auf Bewährung verurteilt worden. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Marco K. der Gruppe seit ihrer Gründung im August 2014 angehörte.

Der frühere Co-Trainer der Biathlon-Nationalmannschaft, Andreas Stütz, aus Bergen im Chiemgau bekommt wegen des Verdachts der Nähe zur „Reichsbürger“-Bewegung seinen Waffenschein nicht zurück. Das hat das bayerische Verwaltungsgericht in München entschieden. epd

glieder habe eine rechte Anschlagserie verhindert werden können. Das Bundesinnenministerium verweigert mit Verweis auf die Bundesanwaltschaft bislang Angaben zu möglichen „Todeslisten“. „Da es sich um laufende Ermittlungen handelt, müssen weitere Auskünfte unterbleiben“, heißt es in einer Antwort von Innenstaatssekretär Helmut Teichmann auf eine Anfrage von FDP-Innenexperte Benjamin Strasser, die dem RND vorliegt. Der FDP-Politiker übt scharfe Kritik am Vorgehen der Bundesregierung. Die Meldung über bestellte Leichensacke und Ätzkalk im Zusammenhang mit Spezialeinheiten der Polizei und der Bundeswehr sei brisant. Trotz mehrerer Anfragen werde der Bundestag seit Monaten nicht umfassend über die Erkenntnisse der Behörden informiert. „Die Bundesregierung versteckt sich bei nahezu jeder Frage hinter den Ermittlungen des Generalbundesanwalts. Das kann nicht sein. Wir haben einen Anspruch, Informationen über strukturelle Zusammenhänge im Bereich des politischen Extremismus zu erhalten“, sagte Strasser dem RND. Dass die Gefahr durch rechten Terror nicht nur abstrakter Natur ist, belegt die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke. Der hessische Rechtsextremist Stephan E. ist dringend tatverdächtig, Lübcke erschossen zu haben. E. gilt in der Neonazi-Szene als bestens verplant zu haben, um einen Bürgerkrieg auszulösen. Durch Festnahmen der acht mutmaßlichen Mit-

„In diesem Land gibt es einen Bodensatz alter und neuer Nazis“

FR-Leser Manfred Kirsch engagiert sich gegen rechts. Seine Kritik an der AfD hat ihn zum Ziel von Morddrohungen werden lassen

Herr Kirsch, Sie haben eine Morddrohung erhalten mit der Aufforderung, sich mit Ihrer Hetze gegen die AfD zurückzunehmen. Wie haben Sie gegen die AfD gehetzt?
Ich habe nicht gegen die AfD gehetzt, sondern habe politisch argumentiert und dabei eine scharfe Sprache gewählt, die aber gerechtfertigt ist. Es ist zwar gefährlich, sich gegen rechts zu engagieren, aber noch gefährlicher wäre es, den Rechten freie Bahn zu lassen, denn dann hätten sie gewonnen.

Wie lautet die komplette Drohung?
„Nimm dich mit deiner Hetze gegen die AfD zurück! Noch stehst du nur auf den hinteren Plätzen. Aber man steigt auf, wenn die oberen Plätze frei werden.“ Das stand handschriftlich auf dem Papier eines Presseberichts mit dem bekannten Zeitungsfoto von Walter Lübcke. Gerade eben war die Polizei bei mir, weil ich eine weitere Schmähschrift bekommen habe, ebenfalls handschriftlich verfasst. Da hat mir jemand geschrieben: „Hass macht hässlich. Das sieht man dir an, du A...“

Gesellschaft einhergeht. Es gibt jedenfalls eine allgemeine Radikalisierung in der Bundesrepublik. Ich bin sicher nur einer von vielen, der das spürt. Ich fürchte mich davor, dass bei Polizei und Bundeswehr ein rechtes Potenzial vorhanden sein könnte, das der Bundesrepublik gefährlich werden könnte.

Wie gehen Sie mit diesen Drohbriefen um?
Ich gehe jedenfalls nicht in die innere Emigration. Wir haben es mit Gewalt von rechts zu tun, die sowohl körperlich als auch psychisch ausgeübt wird. Inzwischen haben wir rund 200 Opfer rechten Terrors seit Gründung der Bundesrepublik. Das beweist, dass die Rechten bereit sind, eiskalt ihre mörderische Ideologie umzusetzen.

Was haben Sie unternommen, um sich zu schützen?
Zuerst musste ich mich psychisch schützen, mit Verdrängung. Das kann ich ganz gut. Dann habe ich die Polizei eingeschaltet, die unter anderem eine sicherheitstechnische Untersuchung meiner Wohnung vorgenommen hat. Es werden nun einige Maßnahmen eingeleitet wie Panzerverriegelung.

Maas hat immer gesagt, dass er wegen Auschwitz in die Politik gegangen ist. Warum ich in einem Atemzug mit den beiden genannt wurde, weiß ich nicht. Das kann ich mir eigentlich nur dadurch erklären, dass ich konsequent jahrelang Stellung nehme zu rechtsextremen Themen. In diesem Land ist es ein Grundthema, dass es einen Bodensatz von alten und neuen Nazis gibt. Die alten haben mit Gründung der Bundesrepublik ihre Vergangenheit verschleiert.

In der FR erscheinen regelmäßig Leserbriefe von Ihnen. Wo noch?
In der Rheinzeitung, ab und zu in der Süddeutschen, gelegentlich im Bonner Generalanzeiger. Aber die FR ist immer die erste Zeitung, in die ich sehe.

Der Urheber der Morddrohung will anscheinend die AfD beschützen.
Ich glaube, dass er ein AfD-Anhänger ist. Alles weist darauf hin, dass die AfD nicht rechtspopulistisch, sondern rechtsextrem ist, von Höckes „Flügel“ über die Vogelschiss-Geschichte von Gauland und die Messermänner von Weidel. Mit den Werten des Grundgesetzes haben sie nichts zu tun, sondern sie sind Demokratiefidele. Rechts heißt das Recht des Stärkeren. Genau diese Auffassung spricht aus der Morddrohung. Dabei ist die soziale Frage nur das eine. Da hat Gerhard Schröder Verwundungen hinterlassen, aber das kann niemals rechtfertigen, dass man als Schwacher in dieser Gesellschaft noch Schwächere schlägt, diskriminiert und tötet.

Was macht Sie Ihrer Meinung nach zu einem Ziel für solche Drohungen? Ihre Leserbriefe?
Ich engagiere mich seit meiner Jugend politisch. Mit 15 Jahren bin ich in die SPD eingetreten. Seitdem habe ich mich gegen rechts engagiert. Darum bin ich ausgetreten, als die SPD 1993 beim „Asylkompromiss“ mitmachte, und 2018 wieder eingetreten, als Martin Schulz die SPD zum Bollwerk gegen rechts ausrief. Ich tue aber eigentlich nichts Ungewöhnliches. Ich schreibe zum Beispiel Leserbriefe und organisiere Demonstrationen in Neuweid gegen rechts, etwa als der AfD-Vorsitzende Jörg Meuthen auftrat. Ich glaube, dass die Verfassung das verlangt und dass diese Verfassung die beste ist, die wir in Deutschland bisher hatten mit ihrer großen Wehrhaftigkeit. Diese Wehrhaftigkeit wird allerdings nicht mit größter Überzeugung gelebt. Viele Deutsche sind nach meinem Eindruck Schönwetterdemokraten. Aber in den vergangenen zehn Jahren erlebe ich immer schärfere Reaktionen.

Die Morddrohung war schon der zweite Vorfall dieser Art. Der erste liegt gut ein Jahr zurück. Was ist damals passiert?
Im Frühjahr 2018 sprühten Unbekannte Hakenkreuz und Naziparolen. Sie wollten den Außenminister Heiko Maas, Ministerpräsidentin Malu Dreyer und mich „ins Gas schicken“, war da zu lesen.

Können Sie sich an die rechten Drohungen gewöhnen?
Nicht gewöhnen, aber abfinden. Frage nur das eine. Da hat Gerhard Schröder Verwundungen hinterlassen, aber das kann niemals rechtfertigen, dass man als Schwacher in dieser Gesellschaft noch Schwächere schlägt, diskriminiert und tötet.

Die AfD versucht allerdings, rechtsstaatlich zu wirken.
Ja, das tut sie. Ich sehe mit Sorge auf die Wahlen in den neuen Bundesländern, und ich hoffe, dass in der CDU niemand ernsthaft mit dieser Partei zusammenarbeiten wird. Ich appelliere an alle Demokraten, dass sie diese Radikalisierung des Alltags der Republik nicht hinnehmen. Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen. Sonst brechen die Dämme der Humanität.

Der rheinland-pfälzische Verfassungsschutz hat jetzt eine Task Force namens „Gewaltaufreife rechts“ gebildet. Das hätte eigentlich schon viel früher passieren können, oder?
Nicht können, sondern müssen. Als der RAF-Terror Einfluss nahm, da waren die Reaktionen viel klarer. In der Vergangenheit waren vor allem Linke von der Wehrhaftigkeit unserer Ordnung betroffen. Ich bin froh, dass die Task Force jetzt gebildet wurde, aber es zeigt auch, dass wir auf dem rechten Auge blind waren.

Sind wir es nicht mehr?
Doch, aber es ist etwas passiert, es gibt eine gewisse Sensibilisierung. Das hoffe ich wenigstens.

ZUR PERSON



Manfred Kirsch ist Jahrgang 1955, lebt in Neuweid, engagiert sich unter anderem auch für Amnesty International und liest die FR seit 50 Jahren. Er ist regelmäßiger Leserbriefautor. BILD: PRIVAT

INTERVIEW: LUTZ BÜGE

WAS KÖNNEN BETROFFENE TUN?

Mit dem Tod bedroht zu werden oder zu erfahren, dass der eigene Name auf einer Schwarzen Liste von Rechts-extremen steht, lässt die wenigsten kalt. Doch besonders Menschen, die das zum ersten Mal erleben, wissen oft nicht, wie sie damit umgehen sollen.

Dokumentieren: Screenshots von Facebook-Posts oder dem Impressum einer Hetzseite sind wichtig, um die Drohungen rückverfolgen zu können.

Unterstützung suchen: Als erste Anlaufstelle eignen sich spezialisierte Beratungsstellen. In Hessen berät etwa „Response“ (www.response-hessen.de) Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt. Dort bekommen sie etwa Anwälte oder Therapeuten vermittelt und werden dabei unterstützt, Anzeige zu erstatten, wie Beraterin Olivia Sarma erklärt. Wenn die Betroffenen es wünschen, macht „Response“ die Fälle auch öffentlich.

Anzeigen: Chan-jo Jun, Anwalt für IT-recht und Experte auf dem Gebiet, rät bei Morddrohungen immer zur Anzeige. Allerdings warnt er, die Erfahrung könne frustrierend sein. Morddrohungen würden oft nicht ernst genug genommen. Zudem liege das höchstmögliche Strafmaß bei nur einem Jahr: „Genau so viel wie für Schwarzfahren.“

Auskunft verlangen: Auch wer nur fürchtet, auf einer Schwarzen Liste zu stehen, kann etwas tun. Laut Rechtsanwalt Jun muss die Polizei zwar nicht in jedem Fall proaktiv informieren. Wenn Betroffene aber selbst anfragen, ob bei der Polizei personenbezogene Daten von ihnen im Zusammenhang mit Listen aus der rechten Szene gespeichert sind, ist die Behörde auskunftspflichtig. Bürger können sich dabei auf das Informationsfreiheitsgesetz und auf die Datenschutz-Grundverordnung berufen. lic

Identitäre offiziell rechtsextremistisch

Verfassungsschutz stuft Bewegung neu ein / Positionen nicht vereinbar mit Grundgesetz

VON MARKUS DECKER

Das Bundesamt für Verfassungsschutz erhöhte nach dem Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke den Druck auf die rechtsextremistische Szene und stuft die „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD) hoch. Dies gab das Amt am Donnerstag bekannt. Die IBD gilt jetzt nicht mehr seit 2016 als Verdachtsfall, sondern als gesichert rechtsextremistische Bestrebung. Das ist nach dem Prüf- und dem Verdachtsfall die dritte von vier Kategorien – in zunehmender Nähe zum Verbot – und erlaubt verschärfte Beobachtung. In der Mitteilung heißt es, die IBD zielt letztlich darauf ab, Menschen mit außereuropäischer Herkunft von der demokratischen Teilhabe auszuschließen, weil aus Sicht der Bewegung Menschen ohne gleiche ethnische Voraussetzungen niemals Teil einer gemeinsamen Kultur sein könnten. Dies verstößt nach Einschätzung des Amtes unter anderem gegen Artikel 116 Grundgesetz, in dem es heißt: „Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.“ Die 2012 nach französischem Vorbild gegründete IBD hat zwar nur rund 600 Mitglieder. Sie befreit sich allerdings als intellektuelle Speerspitze, besteht vielfach aus Mitgliedern mit akademischem Hintergrund und hat in den vergangenen Jahren unter anderem durch flüchtlingsfeindliche Aktionen auf sich aufmerksam gemacht. Außerdem gilt die IBD als international gut vernetzt. Sie unterhält unter anderem Kontakte zum Chef der Identitären in Österreich,

Martin Sellner, der wiederum Kontakte unterhielt zum rechtsextremistischen Attentäter von Christchurch, der dort Mitte März in zwei Moscheen 50 Menschen tötete. Der Australier spendete den österreichischen Identitären im Januar letzten Jahres 1500 Euro. Auch die IBD lebt unter anderem von Spenden sowie vom Verkauf von Propagandamaterial. Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, sagte zu der Hochstufung: „Der Bundesverfassungsschutz steht fremdenfeindlicher und demokratiefeindlicher Ideologie nicht tatenlos gegenüber. Als Frühwarnsystem dürfen wir unser Augenmerk nicht nur auf gewaltorientierte Extremisten legen, sondern müssen auch diejenigen im Blick haben, die verbal zündeln.“ Er fügte hinzu: „Diese geistigen Brandstifter stellen die Gleichheit der Menschen oder gar die Menschenwürde an sich in Frage, reden von Überfremdung, erhöhen ihre eigene Identität, um andere abzuwerten und schüren gezielt Feindbilder.“ Angesichts dessen dürfe es keine Toleranz geben. Seit der Amtsübernahme Haldenwangs hat das Bundesamt für Verfassungsschutz den Druck auf die rechtsextremistische Szene spürbar erhöht. So ließ er die AfD zum Prüffall erklären und den radikalen „Flügel“ der Partei sowie deren Jugendorganisation „Junge Alternative“ (JA) zum Verdachtsfall; zwischen der IBD und der JA gibt es Schnittmengen. Auch war der Rechtsextremismus zuletzt Hauptthema des jährlichen Verfassungsschutz-Symposiums. Dort wurde vor wachsender Anschlussfähigkeit an die Mitte der Gesellschaft gewarnt.